

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 16.05.2002 um 17.00 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister Böhm
Stadtrat Küntzer (ab TOP 1)
Stadtrat Rank (ab TOP 1)
Stadträtin Richter
Stadtrat Schardt (ab TOP 1)
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier
Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadträtin Gold
Stadträtin Heisel J.
Stadtrat Heisel K.
Stadtrat von Hoyningen-Huene
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Mahlmeister

FBW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Haag (ab TOP 2)
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

USW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley
Stadtrat Lorenz
Stadtrat May

Stadtrat Schmidt

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtmann Hartner

Amtsrat Teichmann
Dipl.-Ing. Lepelmann
Oberinspektorin Hartmann (zu TOP 1)
EDV-Systembetreuer Zürrlein (zu TOP 1)

Protokollführerin: Verwaltungsfachangestellte Kohlhepp

Entschuldigt fehlten: Stadtrat Dr. Kröckl
Stadtrat Müller

Stadträtin Wallrapp

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

1. Klarstellung zu Punkt 4 der FA vom 14.05.2002

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird zu dem Punkt Vergabe EDV für Friedrich-Bernbeck-Schule in der Finanzausschusssitzung vom 14.05.2002 folgendes klargestellt:

EDV-Systembetreuer Zürrlein erläutert ausführlich, dass es sich bei der Ausschreibung der EDV tatsächlich um eine beschränkte Ausschreibung nach der VOL gehandelt habe. Einziger Kritikpunkt, der der Stadt vorgeworfen werden könne, wäre die Nicht-einbeziehung von Kitzinger Firmen. Er gab sein Wort, dass dies in Zukunft beachtet werde. Weiterhin habe er sich bei der Regierung von Unterfranken erkundigt, die Ausschreibung war rechtlich gesehen in Ordnung, alle Vorschriften wurden eingehalten.

Stadtrat Schmidt bemängelt, dass aus der Sitzungsvorlage nicht hervorgehe, ob es sich um eine beschränkte Ausschreibung handle. Er erläutert die Punkte, die alle seiner Meinung nach falsch gemacht wurden.

Oberbürgermeister Moser erwidert noch mal, das seitens der Verwaltung richtig ausgeschrieben wurde. Es wird jedoch dennoch eine neue Ausschreibung mit Kitzinger Firmen erfolgen.

Amtmann Hartner weist Stadtrat Schmidt darauf hin, dass wenn er bereits bei Zustellung der Sitzungsvorlage einen Fehler bemerke, diese doch gleich der Verwaltung anzeigen möge. So hätte in diesem Fall vermieden werden können, dass die Angebotspreise in der Öffentlichkeit genannt werden.

2. Jahresrechnung 2001

- Mit 28 : 0 Stimmen –

Von den Abschlussergebnissen des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2001 der Stadt Kitzingen sowie der Stiftung für Alten- und Pflegehilfe Kitzingen wird gemäß Art. 102 Abs. 2 GO Kenntnis genommen.

3. Feststellung des Jahresabschlusses der Städtischen Bäder für das Wirtschaftsjahr 2001 (01.01. – 31.12.2001)

- Mit 28 : 0 Stimmen -

Der kaufmännische Jahresabschluss der Städtischen Bäder für das Wirtschaftsjahr 2001 (01.01.2001 – 31.12.2001), bestehend aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung und dem Anhang, wird mit folgenden Abschlusszahlen festgestellt:

Bilanz in Aktiva und Passiva .	53.784.023,25 DM
Jahresgewinn lt. Bilanz:	14.314.303,84 DM
Jahresgewinn lt. Gewinn- und Verlustrechnung:	14.314.303,84 DM

Der Jahresgewinn 2001 der Gewinnrücklage zugeführt.'

4. Querverbund: LKW-Einlage/Bäder

- Mit 28 : 0 Stimmen -

Vom Sachstandsbericht vom 10.05.2002 wird Kenntnis genommen.

Eine Verrechnung des städtischen Gewinnanteils von den Licht-, Kraft- und Wasserwerken GmbH (LKW GmbH) mit den Verlusten der Bäder ist derzeit nicht möglich, da das bestehende Blockheizkraftwerk (BHKW) nicht wirtschaftlich betrieben werden kann sowie zusätzlich bei einer Umwandlung der LKW GmbH in eine GmbH & Co. KG mit der Auflösung von stillen Reserven gerechnet werden muss. Körperschaftsteuererstattungen sind aus diesen Gründen derzeit nicht möglich.

Solange ein BHKW nicht wirtschaftlich betrieben werden kann und stille Reserven versteuert werden müssen, ist eine Umgründung der LKW GmbH in eine GmbH & Co. KG oder alternativ der Abschluss eines Organschaftsvertrages mit der LKW GmbH und gleichzeitige Installation einer Bäder GmbH nicht zu vollziehen.

5. Kalkulation der Kanalbenutzungsgebühren; Festsetzung für 2002

- Mit 28 : 0 Stimmen -

Nachkalkulation 2001

Bei der Nachkalkulation auf der Basis der betriebswirtschaftlichen Ergebnisse 2001 errechnet sich ein Fehlbetrag von 115.885,81 DM (59.251,47 €). Dieser wird in die Kalkulation 2002 übertragen.

Voraus kalkulation 2002 - 2005

Nach der Vorauskalkulation auf der Basis der durchschnittlichen Haushaltsansätze 2002 - 2005 errechnet sich pro Kubikmeter Abwasser ein Preis von 1,93 €. Die Kanalbenutzungsgebühren werden in 2002 bei 1,70 € belassen.

6. Umsatzsteuerpflicht von Sportstätten

- Mit 28 : 0 Stimmen -

Die Gebührenordnung für die Sportanlagen der Stadt Kitzingen vom 06.12.2001, in Kraft getreten am 01.01.2002, bleibt weiterhin gültig. Die genannten Gebühren verstehen sich

nun inklusive Mehrwertsteuer und werden bei Rechnungsstellung entsprechend ausgewiesen.

7. Mitgliedschaft der Stadt beim „Arbeitskreis für gemeinsame Kulturarbeit bayerischer Städte e. V.“

- A) Amtmann Hartner führt ergänzend zum Sachvortrag aus, dass Frau Küspert, nachdem sie am 14.05.02 bereits auf einer Sitzung des Arbeitskreises war, die Mitgliedschaft für sehr vielversprechend halte. Sie betonte jedoch, dass dadurch die Kultur in Kitzingen nicht erheblich billiger werden würde.

Stadträtin Dr. Endres-Paul weißt noch mal darauf hin, dass sie dem Arbeitskreis gemeinsam mit Frau Küspert beitreten möchte.

Stadträtin Schwab erkundigt sich, ob bereits bekannt sei, welche Stadt im Bezirk Unterfranken die Federführung bei gemeinsamen Projekten habe. Sie könne sich Kitzingen hierbei gut vorstellen.

Oberbürgermeister Moser entgegnet, dass dies nicht bekannt sei, jedoch Informationen eingeholt werden.

- B) - **Mit 28 : 0 Stimmen** -

Die Stadt Kitzingen erklärt ihren Beitritt zum „Arbeitskreis für gemeinsame Kulturarbeit bayerischer Städte e.V.“

8. Information bezügl. Minipanzerschießanlage

Dipl.Ing. Lepelmann informiert über einen Bescheid vom Landratsamt Kitzingen vom 13.05.02, in dem seitens des Landratsamtes die beantragten 4 Schießbahnen genehmigt wurden. Er geht auf die einzelnen Auflagen ein, die das Landratsamt gemacht hat. Das Landratsamt ist der Auffassung, dass die Stadt Kitzingen ihre Zustimmung zu unrecht verweigert hätte, bei Beachtung der Auflagen könne es nicht zu Überschreitungen der Richtwerte kommen.

Stadtrat Heisel bittet darum, genanntes Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden zu verteilen. Oberbürgermeister Moser sagt zu, allen Stadträten das Schreiben zukommen zu lassen, eine Sitzungsvorlage sei für die nächste FA-Sitzung vorgesehen.

Stadtrat Weiglein erbittet eine schriftliche Stellungnahme der Amerikaner bis Ende diesen Jahres, in der über eine Verlegung des Tontaubenschießplatzes bzw. Zusammenlegung der Schießplätze Stellung bezogen werden solle. Stadtrat Schardt stimmt dem zu, ist jedoch der Auffassung diese bereits bis Ende Oktober vorliegen zu haben.

9. Informationen des Stadtmarketing-Verein e.V.

Oberbürgermeister Moser verkündet, dass im Stadtmarketing-Verein mittlerweile der angekündigte Juniorenstammtisch mit 32 Teilnehmern initiiert sei, der sich einmal im Monat treffe. Weiterhin finde vom 25. bis 27.10.02 in der Bürgerbräu eine Handwerkermesse

statt, bei der nahezu 32 Betriebe beteiligt seien. Ebenso wurde eine Kundenbefragung bezgl. dem Kaufverhalten in Kitzingen. Eine Auswertung werde erstellt.

10. Anfrage von Stadtrat Popp

Stadtrat Popp geht noch mal auf die Sanierung des Kunststoffbelages im Sickergrund ein. Er habe 2 identische Sitzungsvorlagen, einmal vom 21.06.01 und vom 30.04.02 vorliegen und erbittet Aufklärung wann wo saniert wurde. Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt eine Überprüfung und schriftliche Stellungnahme an die Fraktionen zu.

11. Bitte von Stadträtin Baier

Stadträtin Baier bittet darum, die Lautsprecher der Ortsrufanlage in Sickershausen – vor allem im Bereich des Hohlgrabens - überprüfen zu lassen, diese seien defekt.

Weiterhin bittet sie darum, an der neu sanierten Bushaltestelle in Sickershausen eine Kunststoffscheibe o. ä. an der Wand anzubringen, da bereits schwarze Streifen an der orangenen Wand seien.

12. Nachfrage von Stadträtin Wachter

Stadträtin Wachter weiß zu berichten, dass bezüglich der Ausschreibung der Telefonanlage der VHS die Firma Debus am 05.05. ein Fax an die VHS geschickt habe, in dem das Angebot für 06.05. vorangekündigt wurde und wäre unter 2.000 € gewesen. Amtmann Hartner entgegnet daraufhin, dass er bereits einen Anruf von Frau Küspert erhalten habe, die ihm dies berichtete, allerdings sei definitiv kein Angebot bei der VHS eingegangen.

13. Bitte von Stadträtin Richter

Stadträtin Richter bezieht sich auf einen Stadtratsbeschluss vom 08.06.2000, dass das Piktogramm „Ball spielen verboten“ am Spielplatz Schlachthof überklebt werden soll und fragt nun nach, wann und warum dieser Beschluss wieder aufgehoben wurde. Weiterhin bemerkt sie, dass der Bolzplatz in der Paul-Rücklein-Straße eine neues Tor bekommen habe, dieses jedoch für 13-/14-jährige zu klein sei. Darauf sagt Oberbürgermeister Moser zu, das Tor überprüfen zu lassen. Hinsichtlich des Piktogramms stellt er jedoch klar, dass das überklebte Piktogramm bedeute „Bolzen verboten“ und da der Spielplatz auch als solcher ausgewiesen sei, habe er den Auftrag gegeben, das Piktogramm wieder freizulegen. Stadträtin Richter verlangt jedoch ein Schild „Ball spielen erlaubt“ anzubringen, da viele Anwohner keinen Unterschied machen und die Kinder beschimpfen bzw. den Ball wegnehmen würden.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, einen entsprechenden Hinweis anzubringen.

Stadtrat Heisel regt an, am Schlachthofgelände einen Querzaun zwischen Spielplatz und Ballspielwiese zu ziehen. Oberbürgermeister Moser entgegnet jedoch, dass diese Lösung einen finanziellen Aufwand bedeute, jedoch ein Fangnetz denkbar wäre. Stadträtin Richter regt an, den Zaun am Bolzplatz in der Alemannenstraße abzubauen und im Schlachthof wieder aufzubauen.

14. Nachfrage von Stadtrat Straßberger

Stadtrat Straßberger möchte wissen, ob es möglich die Wasserfontäne auf dem Main mit einer Photovoltaikanlage zu betreiben.

Berufsmäßiger Stadtrat Groß sagt eine Prüfung zu, bemerkt jedoch gleich, dass die Anlage vermutlich zu wenig Leistung erbringe.

15. Frage von Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene weis zu berichten, dass sich Anwohner vom Spielplatz am Frankenweg 10 über die Vogelneestschaukel beschwerten, da wegen der Beliebtheit ein großer Zulauf auf diesem Spielplatz sei. Angeblich soll jetzt diese Vogelneestschaukel abgehängt und durch kleinere Schaukeln ersetzt werden. Oberbürgermeister Moser erwidert, dass diesbezüglich bereits ein Ortstermin stattgefunden habe und stellt klar, dass nicht kleine Kinder sonder Halbwüchsige immer diese Schaukel benutzen würden. Es sei angedacht, die Schaukel in die Alemannenstraße zu verlegen, so dass sie für dieses Gebiet zwar erreichbar sei, aber nicht mehr von den Halbwüchsigen belagert wäre.

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene bemerkt jedoch, dass an dem Bolzplatz Alemannenstraße ja auch ein offener Jugendtreff geplant sei und somit alles wieder aufs alte hinauslaufe.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentlich Sitzung um 18.05 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführerin
gez.
Rose